

**Offener Brief** – an die Funktionäre und Funktionärinnen des Österreichischen Wirtschaftsbundes  
Wien, 16.1.2025

---

Sehr geehrte Funktionäre und Funktionärinnen des Wirtschaftsbundes,

unmittelbar nach dem Rücktritt von Kanzler Karl Nehammer, der vor und nach der Wahl versprochen hatte, keinesfalls eine Koalition mit Herbert Kickl einzugehen, hat Ihre Partei eine totale Kehrtwendung und Hinwendung zur FPÖ vollzogen. Ihr neuer Parteiboss Stocker war zwar bis vor Kurzem einer der schärfsten Kritiker Kickls und warnte eindringlich vor ihm als Kanzler - seine Aussagen über ihn sind hinlänglich bekannt - aber dann konnte man verblüfft verfolgen, wie Herr Stocker, umgehend nachdem Herbert Kickl vom Bundespräsidenten mit der Bildung einer Regierung betraut wurde, dessen Einladung zu Regierungsverhandlungen bereitwillig annahm.

So wie viele Österreicher:innen sind wir entsetzt darüber, wie schnell Ihre Partei ihr Wahlversprechen gebrochen und ihre Bereitschaft deutlich gemacht hat, Herbert Kickl entgegen eigener Warnungen und Beteuerungen zum Bundeskanzler zu machen! Da wir den Eindruck gewonnen haben, dass der Wirtschaftsflügel der ÖVP maßgeblich für diese Kehrtwendung verantwortlich war, so erlauben wir uns zu fragen:

**Ist die Hoffnung auf kurzfristige Erholung der Wirtschaft und Entlastung der Unternehmen es wert, dass die ÖVP ihre Glaubwürdigkeit opfert und damit der Politik und der Demokratie insgesamt massiven Schaden zufügt?**

Mittel- und langfristig gesehen wird nämlich der von FPÖ-ÖVP angepeilte Wirtschaftskurs der österreichischen Wirtschaft nicht nützen – im Gegenteil! So wird laut Meinung von Expert:innen der 6,3 Milliarden Euro schwere „Budgetschock“, den die Verhandler für 2025 im Auge haben, die Rezession in diesem Jahr weiter vertiefen, die Arbeitslosigkeit erhöhen und nicht, wie verkündet, die Investitionslust der Unternehmen erhöhen. Und dabei sind noch nicht einmal der Schaden für die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik sowie die zu erwartenden Nachteile für den Wirtschaftsstandort eingerechnet.

Wir sind erschüttert und zutiefst darüber enttäuscht, dass die ÖVP offenbar das Risiko eingehen will, die Rechtsstaatlichkeit und die Freiheit der unabhängigen Medien in Gefahr zu bringen, nur um den eigenen Machterhalt zu sichern! Die gestrigen Aussagen von Generalsekretär Hafenecker zum Umbau der Presseförderung lassen nämlich darauf schließen, dass auf kritische Medien in Österreich als wesentliche Säulen der Demokratie harte Zeiten zukommen – ist es das wert?

Wir finden den Gesinnungswandel der ÖVP wider besseres Wissen unverständlich, beschämend und in höchstem Maße verantwortungslos! Er beschädigt nicht nur das Ansehen der ÖVP schwer, sondern auch die Reputation Österreichs und ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die Ihre Partei in dem Vertrauen gewählt haben, dass die ÖVP keine Koalition mit Kickl schließen wird. Zur Erinnerung: 71% der Wähler:innen haben nicht für die FPÖ gestimmt! Deshalb möchten wir an Sie appellieren:

- **Machen Sie der extremen Rechten in Österreich den Weg in die Regierung NICHT frei!**
- **Hören Sie auf die vernünftigen und verantwortungsvollen Stimmen in Ihrer eigenen Partei, die es auch in Wirtschaftskreisen gibt, wie die Parteiaustritte im Halleiner Wirtschaftsbund zeigen!**
- **Neuwahlen sind nicht die einzige Alternative: Kehren Sie zurück an den gemeinsamen Koalitionsverhandlungstisch mit demokratischen Parteien!**

Mit demokratischen Grüßen!

Dr.in Ruth Eiselsberg, Mag.a Grete Kernegger, Eva Müllner, Mag.a Petra Schmidinger  
Für die Initiative **betrifft.demokratie**

[betrifft-demokratie.at](http://betrifft-demokratie.at)  
[betrifft.demokratie@gmx.at](mailto:betrifft.demokratie@gmx.at)  
[www.facebook.com/betrifft.demokratie](https://www.facebook.com/betrifft.demokratie)  
[www.instagram.com/betrifft.demokratie](https://www.instagram.com/betrifft.demokratie)

